



Pressemeldung

Maria 2.0: Vorstoß des Missbrauchsbeauftragten der DBK inakzeptabel

Münster, 11.11.2019 - Die am 10.11.2019 vom Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz, dem Trierer Bischof Stephan Ackermann getroffene Aussage, dass die Finanzierung der Entschädigungszahlungen an die Opfer sexualisierter Gewalt aus Kirchensteuermitteln alternativlos sei, weist die Münsteraner Reformbewegung Maria 2.0 mit aller Entschiedenheit zurück. Sein Vergleich mit der gescheiterten PKW Maut, die bekanntlich zu Lasten der deutschen Steuerzahler abgefangen wird, ist zynisch und verhöhnt die Opfer. Die Solidarität von Maria 2.0 gilt den Opfern, aber nicht einem System, das durch seine Strukturen systemisch den Missbrauch erst hervorgebracht und die Täter teilweise vor Strafverfolgung geschützt hat.

Zur Finanzierung der Entschädigungszahlungen sollten als Erste die noch lebenden Täter herangezogen werden. Erste Vorgänge dieser Art im Bistum Rottenburg-Stuttgart zeigen, dass dies möglich ist. Zudem sieht das hoffentlich bald verabschiedete neue kirchliche Strafrecht solche Geldzahlungen bei Missbrauch als Straftatbestand vor.

Zum zweiten sollten die Bischöfe als verantwortliche Dienstherren mit einem Teil ihres Gehaltes herangezogen werden. Anschließend wären die Vermögen der Bischöflichen Stühle anzugehen, bei denen wie z.B. im Bistum Trier beträchtliche Mittel schlummern. Wenn dann noch Finanzierungslücken gegeben sein sollten, kann für soziale Zwecke bestimmtes Bistumsvermögen herangezogen werden. Der Vorschlag von Stephan Ackermann bedeutet zudem auch, dass Missbrauchsoffer, die selbst noch Kirchensteuerzahler sind, ihre Entschädigung selbst zahlen müssten.

Selbstverständlich müssen die Opfer sexualisierter Gewalt in vollem Umfang und mit hohen Entschädigungszahlungen ausgestattet werden. Es kann jedoch in keinem Fall sein, das kollektive Versagen der Bischöfe und ihrer leitenden Mitarbeiter auf die Gemeinschaft der Gläubigen zu übertragen und sie als Solidargemeinschaft in Haftung zu nehmen: „Diese Idee der ‚Vergesellschaftung‘ von Wiedergutmachungen für begangene Verbrechen ist abstoßend. Wen nicht die offensichtliche Abwesenheit von Scham bei dieser Verlautbarung erschüttert, dem wird zumindest die Abwesenheit von Klugheit spätestens jetzt die Augen öffnen, welcher Geist hier weht!“, so Lisa Koetter, Initiatorin von Maria 2.0

Maria 2.0 fordert deshalb alle Diözesanen Kirchensteuerräte auf, die über den kirchensteuerfinanzierten Haushalt entscheiden, sich dem Ansinnen von Bischof Ackermann zu widersetzen und die beantragten Mittel nicht frei zu geben.

Pressekontakt: mariazweipunktnull@gmx.de

